

Redaktion:

Wien, V., Hundstürmerstraße 89.

Abonnement-Preise:

Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postsendung:

Halbjährig 80 kr.

Vierteljährig 40 kr.

Für Deutschland:

Halbjährig (unter Kreuz) 70 kr. — Mark 1.20.

Für das übrige Ausland:

Halbjährig 85 kr. — 1 Fr. 25 Cent.

Stilles Exemplar 6 kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unverlangte Reklamationen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administration u. Expedition:
Wien, V., Hundstürmerstraße 89.

Insertions-Gebühr:

Für Anzeigen von Parteigenossen:
5 kr.

Für Anzeigen von Privatpersonen:
10 kr.

die dreimal gespaltene Zeile oder deren Raum.

Wir erlauben bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte

werden nicht zurückgegeben.

Nr. 31.

Wien, Donnerstag 13. Jänner.

1881.

Parteigenossen! Vergesst der Familien der Inhaftirten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit dieser Nummer beginnt ein neues Quartal zum Abonnement der Zeitschrift

Die Zukunft

Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

„Die Zukunft“ erscheint monatlich zweimal, und zwar an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Das Abonnement beträgt für Oesterreich-Ungarn: halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Briefe und Geldsendungen sind nur zu richten an **Andr. Grosse, 4. Bez., Hauptstraße 23, 1. St.,** alle auf die Redaktion, Administration und Expedition bezughabenden Zusendungen an die Redaktion der „Zukunft“, 5. Bez., Hundstürmerstraße 89, 2. Hof, 1. Stiege, 1. Stock.

Die Herausgeber.

Louis August Blanqui.

Am 1. Januar starb in Paris der größte französische Revolutionär unserer Zeit, nachdem er ein langes Leben voll Entbehrungen, voll Enttäuschungen hingebracht hatte, ohne daß es ihm gegönnt gewesen wäre, mehr als den ersten Dämmerlicht einer besseren Zeit, der von ihm so heiß ersehnten, mit so schweren Opfern zu erkämpfen versuchten wahrzunehmen. Er war kein Mann der Worte, kein Held der Frase, sondern ein Mann der energischen, entschlossenen Tat, der überall zu finden war, wo es um die Freiheit und das materielle Wohl des gesamten Volkes sich handelte. Wenn er aber nicht auf den Barrikaden stand, und nicht die Vorbereitungen zur tätigen Befreiung des Volkes traf, dann war er gewiß im Kerker, ein Dulder und Märtyrer des Volkes — ein Opfer seines edlen Herzens und seines leicht zu entflammenden Helldemutes.

Im Jahre 1805 in Nizza geboren, also mit Giuseppe Garibaldi, dem großen Sohne der italienischen Nation, dem Schöße einer Stadt entsprungen, zeichnete er sich schon in früher Jugend durch seine unüberwindliche Liebe zur Freiheit und Unabhängigkeit aus. Er studierte in Paris Rechtswissenschaft und Medizin, aber seine Neigungen zogen ihn mit unaufhaltsamer Gewalt in die Volksbewegungen der damaligen Zeit, in denen er bald eine hervorragende Rolle spielte. Schon im Jahre 1827 wurde er in dem Volksaufstande in der Rue St. Denis verhaftet. Unter den Barrikadenkämpfern der Julitage des Jahres 1830 zeichnete er sich in besonderer Weise aus und er erhielt dafür das sogenannte Julikreuz. Im Dezember desselben Jahres organisierte er, als die blutigen Opfer des Volkes wieder infolge der Intrigen der Konstitutionellen vergebens gebracht zu sein schienen, den Sturm auf das Stadthaus, der jedoch verunglückte und Blanqui ein Jahr Gefängnis eintrug. Später wurde er abermals wegen Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft und wegen Anfertigung von Munition verurteilt, im Jahre 1837 aber durch eine Amnestie in Freiheit gesetzt.

Im Jahre 1839 nahm er hervorragenden Anteil an dem von Barbès geführten Maiaufstande, welcher niedergeschlagen wurde. Blanqui wurde infolge dessen zum Tode verurteilt, in letzter Stunde aber vom Könige Louis Philipp zu lebenslänglicher Haft „begnadigt“. Durch die siegreiche Februarrevolution des Jahres 1848 in Freiheit gesetzt, stellte er sich sofort wieder an die Spitze des Proletariats und organisierte die Erhebungen vom 17. März, 18. April und 15. Mai 1849, die Vorgänger der großen Janikämpfe. Gleich nach seiner Freilassung stiftete er als Kern der revolutionären Bewegung

in Paris den „Club des republikanischen Zentralvereins“, von dem die erwähnten proletarischen Bewegungen ihren Ausgang nahmen. Nach dem verunglückten Aufstande vom 15. Mai wurde Blanqui verhaftet und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Erst im Jahre 1859 wurde er infolge einer Amnestie aus der Haft entlassen. Die napoleonische Reaktion, die damals in Frankreich allmächtig war, und jede freiheitliche Bewegung der Arbeiter mit eiserner Faust niederhielt, zwang ihn, Frankreich zu verlassen. Er wandte sich nach London, dem Asile aller politischen Flüchtlinge, lehrte aber im Jahre 1861 bereits wieder nach Frankreich, wo ihn die bonapartistische Polizei ohne Grund verhaftete und mit Hilfe ihrer Richter wegen angeblicher Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft zu vier Jahren verurteilte. Er blieb nun mit kurzer Unterbrechung bis zum Sturze Napoleons III. interniert, weil die Furcht des Kaisers vor einer revolutionären Erhebung des Volkes täglich wuchs.

Zur Zeit des Ausbruchs des Kommuneraufstandes befand sich Blanqui nicht in Paris und ehe es ihm gelang, die Hauptstadt zu erreichen, um persönlich die Bewegung zu unterstützen, die er in der Provinz mit seiner ganzen Energie gefördert hatte, wurde er von den Schergen Thiers' festgenommen und seine Freilassung im Austausch mit den von den Kommunisten inhaftierten Geiseln, worunter der Erzbischof von Paris, von Thiers verweigert. Dieser Ordnungsmann wollte um jeden Preis seinen Haß gegen das Proletariat an einem ihrer edelsten Vorkämpfer befriedigen. Blanqui wurde im Jahre 1872 zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, aus dem er erst vor einem Jahre durch eine Amnestie befreit wurde. Es ist gewiß allen unsern Lesern bekannt, welche Anstrengungen die französischen Arbeiter machten, um die Freilassung Blanqui's zu erwirken. Trotz seines hohen Alters, trotz seiner durch langjährige Haft und durch furchtbare Aufregungen zerrütteten Gesundheit reiste er nach seiner Freilassung von Stadt zu Stadt, um die Proletarier in ihrem gerechten Kampfe zu stärken und die Furchtsamen zu ermutigen. Noch kurze Zeit vor seinem Tode gab er in Paris ein Blatt unter dem Titel: „Ni Dieu ni Maître“ (Weder Gott noch Herr) heraus, dessen Titel zugleich sein Programm ist.

Blanqui war eine der aufopferndsten Gestalten unter den Vorkämpfern für die sozialistischen Ideen. Die 6 sterre ich en Arbeiter haben ihr Beileid um den Verlust Blanqui's in einem Telegramm an die französischen Arbeiter ausgesprochen.

Die Stellung der Gelehrten zur Sozialdemokratie.

Von Johann Most.

(Fortsetzung und Schluß.)

Mehr als der Druck verwandtschaftlicher Beziehungen beengt aber jeden Menschen, ja auch den Gelehrten, die gesellschaftliche Situation, in welcher er sich befindet. Gelehrte verkehren von Hause aus weit mehr mit Elementen, die zu den privilegierten Klassen gehören und aus Interessenpolitik Feinde des Sozialismus sind, als mit Leuten, bei denen das Gegenteil konstatiert werden kann. Bessere Regungen des Gemütes, ja selbst spontane Rebellionen des Verstandes voraussetzen nur zu leicht im Einzelnen, wenn sie in dessen Umgebung keinen Widerhall finden oder auf allgemeines Unverständnis stoßen. Bei öfterer Wiederkehr können sie den Betreffenden, wenn eine solche Wechselwirkung stattfindet, zum Bestimmten machen.

Endlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß jene Spezialwissenschaft, welche, wenn sie ernsthaft betrieben wird, mindestens die landläufigen Anschauungen über soziale Dinge und insbesondere die über wirtschaftliche Verhältnisse stark erschüttern, in weiterer Folge aber die Neigung zum Sozialismus wachrufen muß, — die Gesellschaftslehre mit ihren verschiedenen Abzweigungen: National- und Sozialökonomie, soziale Statistik, Staatswissenschaft, Gesellschaftsphilosophie etc. — noch immer eine unverhältnismäßig bescheidene Rolle spielt.

Trotzdem es förmlich auf der Hand liegt, daß die Basis allgemeiner Bildung eigentlich die Erkenntnis hinsichtlich des inneren Wesens der Gesellschaft, in welcher man lebt, sein müßte, werden im Großen und Ganzen soziale Studien nur ganz oberflächlich und unsystematisch betrieben, so daß es gar kein Wunder ist, wenn da und

dort ein Gelehrter, der sich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie herbeiläßt, von Arbeitern, welche theoretisch und praktisch in Gesellschaftsfragen geschult sind, ad absurdum geführt wird.

Das Fachstudienwesen hat sich im Laufe der Zeit so einseitig entwickelt, daß es bei einem allgemein gebildeten Menschen, wie überhaupt bei jedem geübten Logiker, das größte Staunen erregt, wenn er die Wahrnehmung machen muß, daß die Gelehrten, seien es nun Staats- oder Privatgelehrte, oft neben einer immensen Reichhaltigkeit des Wissens in einem sonstigen Spezialfache von der Gesellschaftskunde wenig oder nichts wissen.

Aber glücklicherweise haben nachgerade Gelehrte ersten Ranges sich auf die Gesellschaftswissenschaft geworfen und wurden Sozialisten! Die Namen, welche in dieser Beziehung in Frage kommen, brauchen wol nicht aufgejagt zu werden, darauf ist aber hinzuweisen, daß bereits neben den als Sozialisten allenthalben bekannten Männern der Wissenschaft noch weit mehr solche existieren, deren Stellung es vorläufig rätlich erscheinen läßt, daß sie sich anoni m sozialistisch betätigen. Ja, es wird sogar gut sein, wenn der Deckmantel der Anonimität noch recht lange beibehalten wird, da sich vermittelst derselben sozialistische Gelehrte in alle Ecken der Staats- und Gesellschaftsmaschinerie einbürgern können, ein Umstand, welcher seitens der Sozialdemokratie in der Praxis nicht streng genug beachtet werden kann. Allerdings soll damit aus der Not keine Tugend gemacht, die Anonimität nicht allen sozialistischen Gelehrten anempfohlen sein; denn diejenigen, welche sich berufen fühlen, als Lehrer auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiete zu wirken, werden ohne Schädigung der Sache nicht im Verborgenen bleiben können.

Interessant ist es übrigens, daß sich täglich die Anzeichen mehren, wonach die bedeutendsten Forscher in allen Spezialitäten der Wissenschaft von den verschiedensten Gesichtspunkten aus zum Sozialismus gelangen. Jede wirkliche Wissenschaftlichkeit muß eben auf der Basis der Tatsachen fußen, und diese hat ja auch den Sozialisten par excellence den Aufbau ihrer Theorien ermöglicht, resp. sie dazu herausgefordert.

Ein Philosoph wird notwendig bei Betrachtung des Bestehenden die Mängel desselben erkennen müssen, gleichwie er bei Untersuchungen über die Art und Weise des Gewordenseins der vorhandenen Wirklichkeit das Stattfinden einer Entwicklung der Dinge in der Richtung der Vervollkommnung nicht außer Acht lassen kann. Das Eine muß ihn über die Notwendigkeit der fortschreitenden Umgestaltung des jeweilig Realen, das Andere über die Möglichkeit oder vielmehr Selbstverständlichkeit einer solchen in's Klare setzen. Demnach muß jeder wirkliche Philosoph in mehr oder minder hohem Grade Gesellschaftsreformer, Sozialist sein.

Von „Bei der konsequenten Naturforschung“ bis „von Hause aus Juristen waren“ wurde von der I. I. Staatsanwaltschaft beanstandet.

Genug: auf allen Gebieten der Wissenschaft müssen die hervorragendsten Gelehrten dem Sozialismus direkt oder indirekt ihre Anerkennung zollen! Wenn dies so

fort geht — und es liegt kein Grund vor, das Gegen-
teil anzunehmen —, so steht binnen elfischen Jahrzehnten
der bessere Teil der Gelehrtenwelt auf Seiten der Sozial-
demokratie und nur die Vertreter der reinen Brod-Wissen-
schaft spielen ihre alte Rolle weiter. Wie im öffentlichen
Leben im Allgemeinen, so vollzieht sich eben auch in den
wissenschaftlichen Regionen nach und nach ein Scheidungs-
prozess. „Die Reaktion, die Revolution!“ ist auch hier
die Lösung. Es ist nicht unmöglich, daß die Universitäten,
weit entfernt, sich fortschreitend zu entwickeln, mehr und
mehr der Reaktion anheimfallen; aber dafür müssen sich,
den steigenden diesbezüglichen Bedürfnissen entsprechend,
anderweitige wissenschaftliche Vereinigungen bilden, welchen
die Aufgabe zufällt, die Gelehrtsamkeit im höheren Sinne
des Wortes zu fördern.

Mancher wird sagen, dies seien Utopistereien (ein
Vorwurf, der heutzutage sehr oft und sehr oft unbeden-
klich gemacht wird), aber diese Annahme ist eine irrüm-
liche, weil nichts utopistisch genannt werden kann, was
bei einigem Scharfblick schon jetzt, wenn auch nur in
Embryogestalt, sich bemerkbar macht, und was logischer
Weise aus dem Gegebenen sich folgern läßt.

So hätten wir denn gesehen, daß die gegenwärtige
Stellung des Alltags-Gelehrtentums eine wesentlich
reaktionäre ist und darum der sozialdemokratischen Sache
nicht förderlich sein kann. Wir haben aber auch gefunden,
daß diese Erscheinung durch die sozialen und politischen
Verhältnisse unserer Zeit bedingt und mithin naturgemäß
ist. Andererseits sind wir bei unseren Betrachtungen aber
zu dem Ergebnis gelangt, daß mit der fortschreitenden
Entwicklung der modernen Wissenschaft das wirkliche
Gelehrtentum dem Sozialismus näher und näher gerückt
werden muß. Aus alledem dürfen wir die Ueberzeugung
schöpfen, daß die Vertreter der Wissenschaft in der
Zukunft die vornehmlichsten Bahnbrecher
des Sozialismus sein werden.

Unsere Kinder!

I.

Die Erziehung der Jugend ist der
Fels auf dem der Staat der Zukunft er-
baut werden soll. Wer wird die Wichtigkeit dieses
Sachzuges bestreiten. Hat nicht Jeder ein Leuerstes, ein
Kind, indem er sich nochmals junggeworden vor sich
sieht? Wenn des Tages Arbeit uns in den Gliedern
liegt, wenn wir ermüdet und ermattet die trauliche
Stube betreten, wenn sich Verdruß über die verdorbenen
und schlechten Verhältnisse in unseren Bügen ausprägt
— ist es nicht es der ungeschuldige Blick der Kindlein, ihr
unbeschreiblicher Reiz, der uns die Sorge von der Stirne
wischt, den Mismut aus dem Herzen scheidet. Und hättest
Du ein Herz von Stein, und wäre die jedes zarte
Empfinden in dem Ringen und Drängen unserer ersten
Zeit abhanden gekommen, Du müßtest weich werden,
blüdest Du in das liebliche Auge Deines Kindes.

Ach, weil sie so klein und zart sind, beschäftigen
sich die Großen und Starke selten mit ihnen, höchstens
um einen Scherz, ein lustiges Wortspiel mit ihnen aus-
zuführen. Du hältst es, lieber Vater, für unbedeutend,
Dich mit dem heranwachsenden Menschen zu beschäftigen
und glaubst, der Kampf um's Vaterrecht, um die Presse-
freiheit, das Briefgeheimnis sei wichtiger. Ja, wichtig
und höchst notwendig sind sie, diese Kulturkämpfe des
modernen Menschen, aber von verschwindender Bedeutung
gegenüber der Erziehung der Jugend. Schon die ältesten
Völker erkannten es, daß das Bäumchen in zarter Jugend
gepflegt und gestützt werden müsse, denn schon die Vor-
schriften der Chinesen zeigen uns, welche Achtung dem
Lehrer gezollt wurde, woraus ihre Wertschätzung der
Jugenderziehung erhellt. Heute freilich glaubt man recht
daran zu tun, wenn man den ganzen Lehrerstand von
verständnislosen Journalisten beschimpfen läßt und sogar
des Kindes Ohr Zungenhaft von solch ungemessener
Rede ablegen kann.

Der größten Denker einer, der edle Grieche Aristote-
les, hielt dafür, die Sorge um die Erziehung
der Jugend sei die wichtigste und heiligste Pflicht
eines Staatsmannes. Jetzt freilich gilt die Sorge um
des Heeres Stärke für des Diplomaten erste Pflicht
und während man für diese Zwecke 200 Millionen aus-
gibt, bedenkt man das gesammte Schulwesen mit sieben
Millionen. Man vergißt hierbei, daß die Volksgut eines
Landes nicht von dem Ueberflus seiner Einkünfte, noch
von der Stärke seiner Festungswerke, noch von der
Schönheit seiner öffentlichen Gebäude abhängt, sondern
nur auf der Zahl seiner gebildeten Bürger, in seinen
Männern von Erziehung, Wissen und Charakter beruht.
Hier ist das wahre Interesse, die Hauptstärke, die wahre
Macht des Landes zu finden.

Was wir bei dem Denker des Großen, den Parla-
menten und Ministern, für Unrecht halten, gilt auch im
selben Maße vom Haupte einer Familie. Der Mann,
dessen Leben nicht nur in der Befriedigung seiner fleisch-
lichen Bedürfnisse und Begierden besteht, der Mann, der
durch sein Benehmen zeigt, daß er nicht unvorsicht ein
Großgehirn von bedeutendem Gewichte hat, der trotz der
Sorge um sein täglich Brot den Funken edler Menschen-
liebe nicht verlöschen läßt, — der Mann wird, sobald
er den ernstesten Vertrag, den Bund der Ehe, schließt,
sich die ihn erwartende Vaterpflicht überdenken und sich
ries in's Herz den Vorwurf prägen: Ich will des hilflosen
Kindes wahrer Führer, sein bester Freund und schönstes
Muster sein. Zum brave Menschen will ich ihn er-
ziehen, würdig seines Jahrhunderts und tauglich für den
Kampf um die höchsten Güter: Gerechtigkeit und
Wahrheit.

Und ist Deine Hand noch so derb von des Werk-
zeugs steilem Gebrauch, in Deinem Innern, lieber Ge-
wisse, wirst Du Dich gehoben und gestärkt fühlen, wenn

Du daran denkst: ich soll das Vorbild sein
meinem Kinde.

Harte Arbeit, edles Fühlen — ach! wie schön
würde sich das paaren.

Schlichtes Kleid, zartes Herz — wie zierte
das den Mann des Volkes.

Ich weiß gar wol, daß Ihr, meine Freunde, im
Ringen und Kämpfen um Eure Rechte nicht gereizt
seid Euer Ohr zu leihen solch weichen Worten, solch
nicht zum Angriff mahnender Sprache.

Allein — ist denn die Liebe zur Jugend nur
Sache der Reichen? Sollst nicht gerade Du, braver
arbeitender Mann, den Geist nach aufwärts wenden zu
edelmütigen Gedanken, nach vorwärts auf den blühenden
Baum des erstarkenden Geschlechts? Nicht an lärmurch-
tobtem Orte, in Deines trauten Kämmerleins Stille lies
dies Blatt, mit ruhigem Sinn und füllenden Herzen —
dann wirst Du doppelt gerne meinen friedlichen Worten
glauben.

Politische Uebersicht.

Am 18. Dezember hielt das Abgeordnetenhaus
seine letzte Sitzung vor der Vertagung; diese Sitzung
war eine der stürmischsten, vielleicht die stürmischste im
österreichischen Parlamente. Sie dauerte fünfzehneinhalb
Stunden, was in den Augen der meisten unserer Volks-
vertreter eine Riesensache vorstellte. Wir können nur
sagen: es war ein Sturm im Glase Wasser, denn es
handelte sich doch nur um die Interessen einer ver-
schwindend geringen Volksklasse, die ihre Bedeutungs-
losigkeit durch wildes Schreien zu verdecken suchte. In
erster Linie war die Bewilligung der Bosnatabahn
auf der Tagesordnung; die Redner der deutschliberalen
Partei donnerten gegen die „Geldverschwendung“, die
man durch diesen Bahnbau betriebe und einer erklärte,
daß die Oesterreicher zu jeder Million, die nach Bosnien
wandere, ein Lebewohl auf Kummerwiedersehen sagten.
Wir sehen gewiß nicht im Verdachte, für die Regierung
und für die von ihr geforderten Staatsausgaben zu
schwärmen, aber uns will es nicht einleuchten, wie eine
Partei über Geldverschwendung klagen kann, die unser
Staatsbudget verdoppelt hat — wie eine Partei Auslagen
für den Verkehr in Bosnien verweigern kann, die durch
ihre Abstimmung im Parlamente die Okkupation von
Bosnien ermöglicht hat — wie eine Partei eine Aus-
gabe von 430.000 fl. für einen Bahnbau eine Ver-
schwendung nennen kann, die den Staat durch die Be-
willigung massenhafter Eisenbahnsubventionen an den
Rand des finanziellen Bankrotts gebracht hat. Eine
solche Partei kann unmöglich Vertrauen erwecken, denn
ihre Opposition ist nur zum Scheine eine volkfreund-
liche, während in Wirklichkeit alle ihre liberalen Forderungen
nur den Zweck haben, das irreguliere Volk auf ihre
Seite zu bringen. Sobald diese Clique aber wieder zur
Herrschaft gelangt wäre, hieße es: der Mohr hat seine
Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Die Freiheitsfreundlichkeit dieser Herren zeigte sich
am Besten bei der Debatte über die oberösterreichischen
Großgrundbesitzer, die der nächste Gegenstand in
jener stürmischen Sitzung waren. Alle die unmoralischen
Mittel, die die Deutschliberalen zur Zeit des Chabrus
in Böhmen anwendeten, verdamnten sie, da sie von
ihren Gegnern zur Anwendung gebracht wurden, und
statt Alles anzuwenden, um ein durchaus unbedeutendes
Wahlprivilegium abzuschaffen und ein gleiches und gerech-
tes Wahlrecht herzustellen, hatten sie mit aller Hartnäckig-
keit an dem Bestehenden fest, weil es ihrem Klienten-
interesse nützlich ist.

Ebenso jesuitisch ist ihre Taktik in der Grundsteuer-
regulierung, die durch ein liberales Ministerium geschaffen
und durch eine Kommission vollendet, die in ihrer Mehr-
heit aus Liberalen besteht, von Anbeginn den Zweck
einer höheren Belastung des österreichischen Bauernstandes
hatte, während die Liberalen heute lägerischer Weise be-
haupten, das jetzige Ministerium sei an der Steuer-
erhöhung schuld.

Der für den 27. Dez. einberufene Bauerntag
in Linz wurde von der Statthalterei verboten, weil
angeblich derselbe keine Privatversammlung gewesen, das
Programm unbestimmt gehalten und durch denselben eine
Befürchtung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu be-
sorgen gewesen sei. Die Gründe zu dem Verbote, sowie
das Verbot selbst waren für uns durchaus nicht über-
raschend und boten nichts Neues, denn sie sind ganz
nach dem Rezept, das unter dem Ministerium Daff-
nersperg üblich war, gehalten, und Niemand kann von
einer Regierung, die eingeständenermaßen konservativ ist,
mehr Liberalismus verlangen, als von einer „liberalen“
Parteiregierung. Bei der bekannten hohlen Verlogen-
heit unserer liberalen Presse wunderte es uns natürlich
auch nicht, daß dieselbe einstimmig dieses Verbot als einen
noch nicht dagewesenen Frevel an der von den Liberalen
immer mit Füßen getretenen Verfassung bezeichnete und
den Schein hervorzubringen suchte, als ob dergleichen
noch nicht dagewesen wäre. Unseren Lesern brauchen wir
vol nicht erst zu erzählen, was wir in dieser Hinsicht
von dem „liberalen“ Ministerium zu erdulden gehabt
haben, daß alle unsere als Privatversammlungen einbe-
rufene Konferenzen als „Geheimbünde“ erklärt und die
Teilnehmer regelmäßig wochen- und monatlang in
Untersuchungshaft gehalten wurden; und als es ein ein-
ziges Mal gelang, einen österreichischen Arbeitertag als
Privatversammlung in Gegenwart eines Regierungsvor-
setzers abzuhalten, da erhielt nachträglich die Behörde,
welche dem Gesetze gemäß gehandelt hatte, vom Ministerium
eine Klage und die von der Versammlung gefaßten
durchaus harmlosen Beschlüsse durften weder mündlich

noch schriftlich veröffentlicht werden. So sah es mit der
Staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Freiheit unter dem
liberalen Parteiministerium aus und nicht einmal fand
die „liberale“ Presse ein Wort des Tadels gegen diese
offenbaren Gesetzesverletzungen. Welche Niedertracht ge-
hört dazu, wenn eine solche Journalistik sich heute heraus-
nimmt, über Reaktion und Verletzung der Staatsgrund-
gesetze sich zu beschweren? Aus all ihrem heuchlerischen
Jammer leuchtet nur die Absicht herans, die Bauern zu
gewinnen und ihnen weis zu machen, daß die Liberalen
die wahren Freiheitsfreunde sind. Darnach war es auch
ein entschiedener politischer Fehler der gegenwärtigen
Regierung, daß sie durch das Verbot des Bauerntages
den Liberalen in die Hände arbeitete, ohne damit auch
nur das Geringste zur Aufklärung der bäuerlichen Be-
völkerung über die wahren Tendenzen der Liberalen bei-
getragen zu haben. Die Bauern hielten am 27. Dez.
trotz des behördlichen Verbotes eine Versammlung in
Linz ab, zu welcher natürlich nur die speziell eingeladenen
Bauern erschienen waren. Es wurde beschlossen, eine
Deputazion an den Ministerpräsidenten und an den
Kaiser zu senden, um die Genehmigung des Bauern-
tages für den 10. Jänner zu erlangen; zugleich wurden
die Statuten für den neu zu gründenden Bauernverein
beraten.

Die Deputazion begab sich am 1. Jänner zum
Ministerpräsidenten. Graf Taaffe äußerte bei dieser Ge-
legenheit sehr merkwürdige Ansichten, weil nach seiner
Meinung der Bauerntag am 27. zurechtlos gewesen, habe
man ihn auch nicht zu bewilligen gebraucht. Die Essenz
seiner Rede war: die Bauern sollten nur ruhig sein, die
Regierung wisse schon, was sie zu tun habe.

Konfiszirt.

Dr. Julius Greg, der bekannte jungtschechische
Abgeordnete, hat sein Mandat niedergelegt, weil er, wie
er in einem Schreiben an seine Wähler erklärt, nicht im
Stande sei, nach seiner Ueberzeugung zu wirken.

In Dux spielte sich während der Weihnachtsfeier-
tage eine Szene ab, welche die heutigen Zustände trefflich
charakterisirt. Auf dem dortigen „Wilhelmschachte“, wo
zirka 200 Arbeiter beschäftigt sind, welche sich nicht in
den rosigsten Verhältnissen befinden, verlangten dieselben,
um während der Weihnachten nicht Hunger zu leiden,
per Mann fünf Gulden Vorschuß, welcher größ-
liches (!) Verlangen von der menschenfreundlichen
Direktion auf das Hartnäckigste verweigert wurde.
Als im Schachte bekannt wurde, daß es mit dem Vor-
schußgeben nichts sei, flog die Aufregung der Arbeiter
derart, daß sämtliche 200 Mann ihre Werkzeuge weg-
warfen, aus dem Schachte herausfuhren und in corpore
in die Stadt vor das Rathhaus zogen, daselbst Halt
machten und eine aus drei Mann bestehende Deputazion
an den Bürgermeister absandten, mit dem Bemerkten, der-
selbe möge beim Direktor bewirken, daß den Arbeitern
5 fl. Vorschuß oder Brot verabfolgt werde, da sie nicht
geonnen sind, Hunger zu sterben, so lange Lebensmittel
im Ueberflusse vorhanden sind. Während der Bürger-
meister mit dem Direktor unterhandelte und demselben
unter Anderem auch androhte, auf Kosten des Bergwerk-
besitzers Militäre zu requiriren, wobei aber der Direktor
bei seiner Vorschußverweigerung verblieb, hatte sich, da
die Unterhandlung schon 1 1/2 Stunde dauerte, der
Marktplatz so mit Bergleuten aus den andern Schächten
angesammelt, daß kein Wagen mehr durchfahren konnte.
Unterdessen verfaßten die Führer der Bergarbeiter ein
Telegramm an den Bezirkshauptmann nach Tepliz, in
welchem derselbe aufgefordert wurde, binnen einer Stunde
in Dux zu erscheinen, welchem Verlangen derselbe auch
nachkam und im Duxer Rathhause abstieg. Als er von
dieselben einen Ueberblick machte über die große schwarze
Masse war seine erste Frage, ob das nicht eine Sozialisten-
brige sei. Der Führer der Deputazion, Genosse Jedlicka,
gab ihm folgende Antwort: „Sozialisten und Nicht-
sozialisten haben alle Hunger, der sie hiehergetrieben hat,
sie verlangen alle Brot“. Als sich der Bezirkshauptmann
nach Allem erkundigt hatte, gab er dem Bergwerkdirektor
die Weisung, den Vorschuß unverzüglich auszulassen und
ja Niemanden zu entlassen, da er sonst für die Folgen
verantwortlich gemacht werden würde. Hier muß noch ein-
geschaltet werden, daß Genosse Jedlicka bei seinem ersten
Besuche bei dem Direktor von demselben als augenblick-
lich entlassen erklärt wurde, was aber hiemit aufgehoben
ist. — Als die Bergarbeiter das Verlangte erhalten
hatten, sind sie ruhig um 1/4 Uhr nach Hause gegangen,
nachdem sie von 10 Uhr vormittags auf dem Markte
gestanden hatten.

Großes Aufsehen in diplomatischen Kreisen machte
die plötzliche Entlassung des Legationsrates bei der
österreichisch-ungarischen Botschaft in Konstantinopel Graf
Rudolf Montgelaß; wie man weiß, wurde der ge-
nannte Diplomat schon einmal von London, wo er es
genagt hatte, hinter dem Rücken des Grafen Beust mit
den englischen Ministern politisch auf eigene Faust zu
machen, zur Rechtfertigung nach Wien berufen und es
gelang ihm nur durch „hohe“ Protektion, sich im Staats-
dienste zu erhalten; nun hat er aber in seiner neuen
Stellung in Konstantinopel seine ehemaligen Verbindungen
fortgesetzt und wie es heißt, regelmäßige Berichte mit
Benützung der vertraulichsten Aktenstücke, die er häufig

Kopie, nach London an das Haus Rothschild eingeschickt. Diese Briefe wanderten aber zum Teile statt nach London, in das österreichisch-ungarische Ministerium des Kaufmanns, wo sie die Veranlassung zu seiner plötzlichen Entlassung wurden.

Konfiszirt.

Am 17. Dezember hielt der demokratische Verein des 7. Bezirkes in Wien eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, den Ausschuss zu ermächtigen, eine Petition um Erweiterung des Wahlrechts an das Abgeordnetenhaus zu richten. Hierbei haben aber die Herren „Demokraten“ vom Neubau nur das Wahlrecht der Fünfguldenmänner (so genannt, weil sie jährlich ungefähr 12 fl. Steuer zahlen) im Auge, ein Recht, welches, wie die abnommenbedürftige ministerielle „Morgenpost“ behauptet, dem Menschen „schon bei der Geburt in die Wiege gelegt wurde“. Die guten Leute wissen alle nur von den lumpigen paar Gulden zu reden, die sie direkt in's Steueramt tragen und für ihre direkten 5 fl. (sprich 12) verlangen sie Rechte. Von den Hunderten, die sie jedes Jahr indirekt leisten müssen, hört man sie nie eine Erwähnung machen.

In Bezug auf das Wahlrecht ist eine vom italienischen Statistiker ausgearbeitete Tabelle nicht uninteressant, welche den zahlenmäßigen Beweis führt, daß eine sehr geringe Teilnahme an der Ausübung des Wahlrechtes die natürliche Folge des beschränkten Wahlrechtes und der Wahlprivilegien ist. In Italien waren bei der letzten Wahl 282 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt; davon haben 61 Prozent ihre Stimmen abgegeben. In Schweden betrug die Zahl der Wahlberechtigten 603 Prozent, davon haben gar nur 20 Prozent ihre Stimmen abgegeben. In Oesterreich waren 588 Prozent wahlberechtigt, davon beteiligten sich an der Wahl nur 36 Prozent. In Deutschland waren 214 Prozent wahlberechtigt, davon stimmten 64 Prozent. In Frankreich waren 2895 Prozent wahlberechtigt, 81 Prozent wählten. In Großbritannien und Irland waren 965 Prozent wahlberechtigt, der Prozentsatz der Stimmenden ist unbekannt. Außer dem Wahlrechte ist, wie man sieht, für die Wahlbeteiligung auch der Grad der politischen Ausbildung des Volkes und wofür auch der Umstand maßgebend, ob intensive politische oder soziale Fragen die Volksmasse bewegen.

Am 30. Jänner findet in Prag eine Volkerversammlung statt, auf deren Tagesordnung die neue Gewerbeordnung steht.

Die Gemeindefatual-Revisionskommission des Wiener Gemeinderates hat eine 40 Paragraphen enthaltende revidierte Wahlordnung angenommen, welche die Aufhebung der drei Wahlkörper und die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Fünfguldenmänner (siehe oben) ausspricht.

Konfiszirt.

Es wird nicht lange dauern, so werden wir sehnsüchtig nach der Pressefreiheit wie in Serbien rufen können; denn wie offiziös gemeldet wird, beabsichtigt die neue serbische Regierung bei der Stupschina eine Gesetzvorlage einzubringen, durch welche die Pressefreiheit und das Briefgeheimnis durch die Verfassung ausdrücklich garantiert werden sollen. In Bezug auf die Pressefreiheit werde ferner das bestehende Gesetz dahin abgeändert, daß für die Gründung eines Blattes keine behördliche Konzeption erforderlich sein sollte, daß keine Konzeption vom Eigentümer verlangt werde, Konfiszationen ohne gerichtliche Entscheidung nicht stattfinden dürfen und jede administrative Maßregelung der politischen Presse unzulässig sei.

Am 1. Dezember wurde in Augsburg der aus Paris ausgewiesene Sozialrevolutionär Viktor Däve verhaftet. Wie es weiter heißt, hat das Reichsgericht gegen ihn die Voruntersuchung wegen Teilnahme an einer hochverräterischen Verschwörung und wegen Aufforderung zum Mordanschlag eingeleitet. — Aus Hamburg und Altona wurden am letzten Tage des vergangenen Jahres noch 31 Personen auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen.

Am 24. d. beginnt die italienische Kammer-session; auf die Tagesordnung der ersten Sitzung ist die

Walreformvorlage gesetzt. Neun Deputirte des Zentrums bringen einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Stimmrechtes ein.

Als eine interessante Tatsache, welche bei den letzten Beratungen der französischen Kammer über die Besteuerung der kirchlichen Genossenschaften bekannt wurde, verdient hervorgehoben zu werden, daß die kirchlichen Genossenschaften in Frankreich im Jahre 1849 unbewegliche Güter im Werte von 43 Millionen Franken, im Jahre 1880 aber bereits im Werte von 71 1/2 Millionen Franken besaßen. Die Kirche hat einen guten Wagen.

In Brüssel wird von Neujahr an eine Gruppe sozialistischer Studenten unter Mitwirkung von belgischen, französischen, niederländischen, deutschen und russischen Studenten eine sozialistische Studentenzeitung „L'Etudiant socialiste“ (der sozialistische Student) herausgeben.

Die Bewegung in Irland schreitet ununterbrochen fort. Wie traurig die Zustände in jenem Lande sein müssen, kann man u. A. daraus schließen, daß der bekannte Afrikareisende Gordon Bajaha in einem Briefe an das Hauptorgan der englischen Kapitalisten, die „Times“ schreibt, die Lage in Irland sei „schlimmer als die irgend eines Volkes auf dem ganzen Erdburden. Die Bulgaren, Anatolier, Chinesen und Indianer sind ungleich besser daran als jene Unglücklichen“. Es liegt eine beißende Ironie in dem Antrage, den das amerikanische Kongressmitglied Mr. King dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten vorlegte und der dahin lautet, daß die englische Regierung im Hinblick auf die Mißstände in Irland zu Reformen aufgefordert werde. Es ist das ein treffendes Mittel, um die englische Regierung auf das Lächerliche ihrer Fürsorge für die Untertanen des Sultans aufmerksam zu machen, da sie doch genug zu Hause zu tun hätte. Auch in Südafrika vermehren sich die Bedrängnisse der englischen Regierung durch den Aufstand der Boers, der niederländischen Bauern im Transvaallande, welche von den Engländern vor ein paar Jahren in gewaltsamer Weise ihrer Unabhängigkeit beraubt und unter das englische Joch gebeugt wurden.

In Slawgorod in Rußland entdeckte die Polizei in einer an der Eisenbahn gelegenen Scheune kurz vor der Abreise des Baron von Swadia einen frisch gegrabenen Tunnel. Die Urheber, welche offenbar ein Attentat beabsichtigten, konnten nicht festgenommen werden; der Gutsbesitzer, welchem die Scheune gehörte, erschloß sich, ein Sohn desselben wurde schon früher nach Sibirien verbannt, ein zweiter Sohn verschwand nach dieser Affaire spurlos. — In Petersburg wurde Michailow verhaftet, der durch Briefe, die man angeblich bei ihm vorfand, als Teilnehmer am Attentat im Winterpalais kompromittirt erscheint. Auch soll man bei ihm ein Verzeichnis von Mitgliedern des revolutionären Komitees gefunden haben. — Nach einer statistischen Darstellung wurden in der Zeit von 1867 bis 1877 73.000 Personen nach Sibirien deportirt, administrativ verbannt wurden in derselben Zeit 79.000.

Am 18. November erschloß sich in Syrakuse im Staate New-York der bekannte russische Genosse Arthur Sibirer, genannt Freeman. Die verzeihliche Tat wird auf Nahrungsvorgaben zurückgeführt; aber jedenfalls haben auch die durch sein Werken- und Flüchtlingsleben, sowie die Trennung von seiner Familie hervorgerufenen seelischen Leiden beigetragen.

Seit 1. Jänner d. J. erscheint in Boston (3 Worcester Square) in Amerika eine sozialrevolutionäre Revue in englischer Sprache „The An-archist“ als Monatschrift, 28 Seiten stark, herausgegeben von Dr. Nathan Sang und unter Mitarbeiterschaft von Felix Pyat, Johann Most, Menotti Garibaldi, S. Hartmann, W. G. S. Smart (Boston), Ad. Schwibbel (Schweiz) u. A. — Der Abonnementspreis sammt Porto beträgt für alle Länder 3 Franken jährlich.

Aus Parteikreisen.

Die erste Auflage dieses Blattes wurde von der k. k. Staatsanwaltschaft mit Beschlagnahme belegt. — Unsere Leser wollen daher die verspätete Zufendung dieser Nummer entschuldigen.

Am 19. Dezember fand in Wien eine sehr zahlreich besuchte slavische Volkerversammlung statt, in welcher ein Protest gegen das Vorgehen der Jungtschechen in der letzten Prager Volksversammlung und eine mit der bekannten Wiener Resolution vom 14. Nov. gleichlautende Resolution angenommen wurde.

Am 26. Dez. fand in Habel's Saallokation in Fünfhans eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht und die Presse. Unter den Anwesenden befanden sich auch die Reichstagsabgeordneten Dr. Kronawetter, Schönerer, Friedmann und Stuebel. — Ein Antrag bezüglich Vorberatung zur Gründung eines sozialdemokratischen Tagblattes wurde mit großer Majorität angenommen.

Am 13. Jänner, vormittags 9 Uhr, findet die Einspruchsverhandlung über die Konfiszation der Nr. 28 der „Julian“ statt.

Am 17. d. M., 10 Uhr vormittags, findet die Verhandlung beim Reichsgerichte wider die Ausweisung der Genossen Berg und Loy aus Innsbruck statt.

Gegen Genossen Eduard Friedrich wurde die Untersuchung eingeleitet und am 6. Jänner aus der zehneinhalbmonatlichen Untersuchungshaft entlassen. — Es befinden sich noch immer folgende Genossen im Wiener Landesgerichte in Untersuchungshaft: Roh, Balcar, Pfeil, Trank, Hofstadl, Kubliner, Strnad, Krizky, Formanek, Bernot, Hoge, Führer, Sommer, Slesak, Troja und Mühl, wovon Mehrere Familienväter sind.

Genosse Hermann Prager wurde am 23. Dez. aus seiner zehneinhalbmonatlichen Haft entlassen. Derselbe wandte sich nach Ungarn, da er aus Bisleitamen ausgewiesen wurde. — Aus Pest ging uns von ihm folgendes Schreiben zu: „Gefinnungslos genossen! Aus meiner zehneinhalbmonatlichen Haft entlassen, war es mir, da ich aus Oesterreich ausgewiesen bin, nicht möglich, mich von Allen persönlich verabschieden zu können. Ich benütze daher diese Gelegenheit, um Euch Genossen für die mir zu Teil gewordene Unterstützung zu danken und Allen ein Lebewohl zuzurufen. Auch Euch glaube ich nicht erst frisch versprechen zu müssen, daß ich nach wie vor am Kampfe zur Befreiung der darbenenden Menschheit teilnehmen werde, denn ich hoffe, daß Ihr mich zur Genüge kennen gelernt habt, ferner würde mir ein Versprechen vorkommen, als würde ich sagen: weil Ihr mich unterstützt habt, darum verspreche ich, mich am Kampfe fernerehin zu beteiligen, während es doch die Pflicht eines jeden als Mensch fühlenden Arbeiters ist, dieses zu tun. Also Pflicht und nicht Dankbarkeit muß es sein, das Einen zwingt, wieder im Kampfe einzutreten. Mag man sein wo immer, die Lage der Arbeiter, sowie ihre, respektive unsere Feinde sind überall die gleichen, darum ist auch der Kampf ein gleich hartnäckiger, die Bestrebungen die gleichen, wenn uns auch jetzt Grenzen scheiden. Indem ich schließlich noch hoffe, Euch einstens persönlich wiedersehen zu können, zeichnet mit sozialen Brudergruß Euer Hermann Prager“.

Genosse Bögler aus Steyr hatte sich beim Kreisgerichte Weisk wegen eines Besichtigtes, welches er bei einem Feste deklamirte, zu verantworten, wo ihm von Seite der dortigen Staatsanwaltschaft ein Prozeß angehängt wurde. Fragliches Gedicht ist aus einem ungarischen Arbeiterkalender. Sein Verteidiger war Dr. Harrant aus Steyr. Das Verdikt der Geschwornen lautete trotz der ungeheuren Anstrengung des Staatsanwaltes einstimmig auf alle drei vorgelegten Fragen auf nichtschuldig. Die Geschwornen waren sämtlich Bauern.

Aus Salzburg wird uns berichtet: Genosse Franz Reisinger, Schuhmacher, wurde am 1. Nov. in der Froschfeste intervirnt und am 3. Dez. entlassen. Nach acht Tagen wollte man ihn neuerdings verhaften, konnte aber seiner nicht habhaft werden, da er sich in's Ausland flüchtete. — Hausdurchsuchungen fanden statt bei den Genossen Samabor, L. Winder und Anna Webersberger.

Am 28. Nov. v. J. wurde eine Hausdurchsuchung bei Genossen Anton Sotornik, Oekonom, in Tschelischitz bei Rojetin in Mähren vorgenommen, bei welcher ein Brief als sehr fraglich vorgefunden wurde, infolge dessen (und der Hausdurchsuchungen in Proßnitz) eine sehr strenge Strafuntersuchung nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen Genossen Franz Wafalik, Oekonom, in Nachowa bei Hellechau in Mähren und gegen die Genossin Josefina Palenik aus Ubrizitz bei Rojetin, eingeleitet.

Im Bezirkslokale des Fachvereins der Manufakturarbeiter in Biststadl wurde am 11. Dez. eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Gesucht wurden Exemplare des österreichischen Arbeiterkalenders für das Jahr 1881, selbstverständlich erfolglos.

Am 25. Dezember langte von Reichenberg an Genossen Wenzel Baic in Ansfing ein Brief in folgendem Zustande an: Die Briefmarke, mit welcher der Brief verschlossen war, war durchgerissen und daselbst das Kuvert links und rechts mit postmüthlichem Siegel verschlossen, nebstdem prangten noch auf der Rückseite als Entschuldigung (?) folgende Zeilen:

„Vorliegendes Schreiben ist offen hiermit eingelangt. Dies konnte nur auf die Weise geschehen sein, daß sich ein anderer Brief in das Kuvert, welches nicht zugestrichelt war, eingeklemmt hat. Wurde deshalb postmüthlich verschlossen. Pratzky, k. k. Postverwalter.“

Gewiß nicht übel! — Ferner wird uns berichtet, daß die Untersuchung gegen Feue, bei welchen Hausdurchsuchungen stattfanden, immer gemüthlicher wird, da sich zu den polizeilichen Einschüchterungen auch noch Denunziationen und Polizeimachwerke würdig anreihen. So wurde Genosse R. Sommer zum Untersuchungsrichter Epstein vorgeladen, ihn nach vorhergegangener Androhung baldigen Einsperrens ein Brief, angeblich von einem „Kameraden“ (?) geschrieben, vorgelesen, in welchem die Rede war von einem unfrankirten Briefe, welchen Hieronymus Stelzig im August vorigen Jahres aus Wien erhalten, den Inhalt an Eduard Selter und dieser einige Exemplare der angeblich revolutionären Flugchrift an den anwesenden R. Sommer verabschloß haben sollte. Letzterer weiß aber nichts davon. — Eigentümlich ist es, daß Genosse Sommer die Vorladung erst eine halbe Stunde vor der Vernehmung erhielt.

Nachtrag zur Volksversammlung in Wien am 14. November. Wir erhielten von den Abenden jenes Bärcher Telegramme eine Berichtigung, die wir, soweit sie sich auf unsere redaktionelle Bemerkung bezieht, hiermit zum Abdruck bringen: „Geheiter Herr Redakteur! Wie aus Nr. 28 des Parteiorgans „Die Zukunft“ vom 24. November 1880 gelegentlich eines Berichtes über die am 14. Nov. in Schweden's Kolosseum abgehaltenen Volksversammlung zu ersehen ist, befindet sich die geehrte Redaktion hinsichtlich des aus Bärch eingelangten Zu-

Stimmungs-Telegrammes vollkommen auf falscher Fährte*). Zur Steuer der Wahrheit sehen wir uns bemüht, sowohl den Wortlaut des Telegrammes als auch die Absender desselben hier zur Kenntnis der Parteigenossen zu bringen. — Das Telegramm lautete: „Volksversammlung, Schwender, Rudolfshheim, Wien. Die österreichischen Sozialisten der freien Schweiz, wo die Nationalitäten friedlich zusammen leben, stimmen Euch begeistert zu. Hoch die Sozialdemokratie! Kautsky, Bardorf, Ondra, Schwarzinger.“ — Jos. Bardorf. K. Kautsky. * Anmerkung. Daß das Telegramm von österreichischen Genossen abgesandt wurde, ändert nichts an unserer reaktionellen Bemerkung, weil in der Versammlung Niemand wußte, wer die Absender sind, der Schriftführer sagte nur: „Ein Telegramm aus Zürich“ und weiter konnte er nicht mehr lesen. Wir erklären, uns weiter in die Streitfrage der deutschen Genossen nicht einzumengen.

Wien, 9. Jänner. Heute vormittags 9 Uhr fand beim Jodel eine zahlreiche Volksversammlung mit dem Thema der neuen Gewerbeordnung statt. Dieses ungenügende Nachwerk wurde sowohl von dem Referenten Dorsch und den Rednern, unter denen Zinner und Baudisch hervorzuheben sind, der gebührenden vernichtenden Kritik unterzogen.

Der Referent zerlegte Punkt für Punkt des Entwurfs und wies bei jedem treffend nach, wie die Arbeiter durch die neue Gewerbeordnung geschädigt werden, wie die Zwangs-genossenschaften, die Haftpflicht, die Fabriksinspektoren und die Beschränkung der Arbeitszeit gänzlich ungenügend sind und den Anforderungen der Zeit ganz und gar nicht entsprechen.

Zinner polemisierte namentlich in gelungener Weise gegen den Zwangszwang und Zwangsklassen, wies das Ungenügende der Beschränkungen der Arbeitszeit nach und trat schließlich für die Idee einer internationalen Arbeitsgesetzgebung ein, womit er die bisherigen Kritiken der Gewerbeordnung um eine neue Idee bereicherte.

Baudisch endlich führte in trefflicher Weise, namentlich in Hinsicht der Zwangs-genossenschaften aus, daß der neue Entwurf der Gewerbeordnung ganz reaktionäre Bestimmungen enthalte und daß ihm jedes Verständnis für die kapitalistische Großproduktion mangle.

Nach dem mit großer Beifall aufgenommenen Ausführungen der Redner wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution.

Die Sonntags, den 9. Jänner 1881 in Jodel's Saalkolossalitäten tagende Volksversammlung erklärt hiemit, daß der vom Ministerium Laaffe vorgelegte Entwurf einer Gewerbeordnung den Forderungen der Arbeiter Oesterreichs nicht im mindesten entspricht und dieselben gar nicht berücksichtigt.

Gründe: 1. Wir verlangen tatsächliche Aufhebung des gewerblichen Genossenschaftszwanges und Revision des Vereinsgesetzes in freierwilligem Sinne. Der Entwurf der Gewerbeordnung hält dagegen nicht nur die bestehenden Zwangs-genossenschaften aufrecht, sondern fordert sogar die Bildung neuer, wo solche bisher noch nicht bestehen, und zwar durch die Behörden. Die gesetzlichen Bestimmungen über diese Zwangs-genossenschaften sind so unbestimmt, widersprechend und konfus, daß eine gedeihliche Wirksamkeit dieser Genossenschaften von vorneherein unmöglich ist.

2. Verlangen wir, daß die Entschädigungspflicht der industriellen Unternehmer in der Weise gesetzlich präzisirt werde, daß sie, insofern sie nicht nachzuweisen vermögen, daß die Beschädigung des Arbeiters selbstverschuldet geschah, in solcher Weise haftbar seien, daß sie für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit eine, dem Durchschnittslohn des Verletzten entsprechende Entschädigung zu leisten verpflichtet sind, ohne Rücksicht darauf, ob derselbe Beihilfe aus einer Unterstützungskasse bezieht oder nicht. Bei erfolgter Tödtung eines Arbeiters soll die den Hinterbliebenen dadurch entgehende Unterstützung vom Unternehmer getragen werden. Die Regierungsvorlage dagegen schiebt dem Verunglückten die Beweislast zu, stellt die Bemessung der Entschädigung dem Belieben des Richters anheim und spricht den horrenden Satz aus, daß der Hilfsarbeiter den Schaden mitzutragen habe.

3. Verlangen wir Beseitigung der Arbeitsbücher, durch welche die Arbeiter den Profitirten gleichgestellt werden, von denen man Gesundheitsbücher verlangt. Die Regierungsvorlage behält diese entwürdigende Einrichtung bei.

4. Verlangen wie vollständige Durchführung der Gewerbegerichte. Die Regierungsvorlage verweist uns dagegen auf die nur alle drei Jahre zu erneuernden konfusen Schiedsgerichte der Zwangs-genossenschaften.

5. Verlangen wir eine Normalarbeitszeit von zehn Stunden täglich für alle erwachsenen männlichen Arbeiter, achthündige Arbeitszeit für Frauen und Minderjährige von 14—18 Jahren, Verbot der Kinderarbeit vor vollendetem 14. Lebensjahre. In Betrieben mit ununterbrochenem Betrieb oder in Fabriken, welche giftige Artikel erzeugen, soll die Arbeitszeit für alle daseibst Beschäftigten acht Stunden nicht übersteigen. Die Regierungsvorlage erlaubt aber die Kinderarbeit schon vom 12. Jahre an, bestimmt für die jugendlichen Hilfsarbeiter von 14—16. Jahre und für Frauen vom 16—21. Jahre einen Maximalarbeitszeit von 10 Stunden und setzt der Ausbeutung der erwachsenen Arbeiter gar keine Grenzen.

6. Verlangen wie eine Regelung des Lehrlingswesens in der Weise, daß Garantien geschaffen werden einerseits dafür, daß der Lehrling bloß zu Tätigkeiten angehalten wird, die die Erlernung seines Berufes bezwecken und andererseits dagegen, daß die Lehrlinge die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes mit billigen

Arbeitskräften vergrößere. Die Regierungsvorlage läßt beide Forderungen gänzlich unberücksichtigt.

7. Verlangen wir Einführung von Gewerbe- und Fabriksinspektoren, welche durch eine gleiche Anzahl Delegirter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer jährlich gewählt werden, welche exekutive Gewalt besitzen und denen gegenüber die Unternehmer zur sofortigen Anzeige aller Unglücksfälle verpflichtet sind, die sich in ihren Arbeitslokalen ereignen. Nach der Regierungsvorlage aber werden die Gewerbeinspektoren vom Handelsministerium ernannt, sie haben keine exekutive Gewalt und von einer Anzeigepflicht der Unglücksfälle ist keine Rede. Die Gewerbeinspektoren der Regierungsvorlage werden also nur machtlose Schatten sein, die den Arbeitgebern zum Spott, den Arbeitnehmern aber nicht zum Nutzen gereichen werden.

Außer in diesen Hauptpunkten sind die Bestimmungen der Regierungsvorlage in unzähligen Nebenpunkten den Interessen der Arbeiterschaft entgegengesetzt. Angesichts dieser notorischen Unfähigkeit der Regierung, die Lage der Arbeiter zu verbessern und angeht dessen, daß die Arbeiter Oesterreichs oft und laut genug ihre Forderungen erhoben haben, ohne daß man sie gehört hat, erklärt die heutige Volksversammlung:

1. Daß sie der Regierung und der bestehenden Majorität des Abgeordnetenhauses jedes Verständnis für die Arbeiterfrage abspricht, da sie ebenso wenig wie die bisherigen sogenannten liberalen Regierungen und Regierungsmajoritäten den Willen zeigt, den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden.

2. Daß sie alles Petitioniren und Resolutioniren für fruchtlos hält, so lange nicht die politischen Forderungen der Arbeiter Oesterreichs erfüllt sind und daß sie daher den Arbeitern anrathet, ihre ganze Aufmerksamkeit der Stärkung ihrer Organisationen zuzuwenden, als der besten Waffe im ökonomischen Kampfe und dem einzigen Hilfsmittel, unter den jetzigen Verhältnissen ihre Lage zu verbessern.

An die Parteigenossen!

Da durch die in letzter Zeit erfolgten Verhaftungen mehrere Familien ihren Ernährer verloren haben, so erachten wir es als unsere Pflicht, die Genossen aufzufordern, nach Möglichkeit die Not dieser Familien lindern zu helfen.

Alle Briefe und Gelder zu diesem Zwecke, ersuchen wir an Josef Hybes, Rudolfshheim, Neugasse 15, zu senden.

Ausweise.

Nr. 86.

Für die Familien unserer verurtheilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Wenzel Dvorzal 10, Reibauer Christlind 2.25, Recha 85, durch Nieder 2.—, R. 30, Böhm 20, J. E. 40, Führer 20, N. R. 20, Winter 40, Schuger 10, Hum Dum 20, Balca Jr. 20, Genossen Agersdorf 1.—, durch Zinner 1.03, Waldhorn 20, Liebhardt 30, Altenhofer 10, Fräule 10, roter Tisch 1.33, Schlad 30, Genossen, Hufeisenstraße 74, Kozler 54, Berner 40, Graf 90, die roten Zwillinge 50, die roten Meinhäuser 30, die Lustigen für die Betrübten 5.13, die roten Fuchspelzmägen 1.06, Bernarb 10, kleine rote Fischgesellschaft 63, Anna Sch. 20, Ruba 5, N. S. 20, Rodtkoch 20, R. 50, Bohemann 20, Futschil 40, die gern frei sein wollen 20, die prinzipiellen Genossinnen für die Betrübten 70, Häbich 20, Rotenschlager 20, Neßl 20, Bohemann 20, Niederl 20, Futschil 20, N. R. 10, Schinger 10, Dr. R. 3.10, Tischlerwerkstätte des Herrn Ludwig Schmidt 3.30, die Roten zum Neujahr 3.20, Kehler'sche Fabrik 1.40, von einem Schmitt 3.—, Florisdorfer durch R. 2.—, Genossen Leoben durch W. 2.40, Bauer in Horn 20, Herold 20, Anton Droll 20, Kagenfurt, Café Europa 3.—, wenn die Inhabiteren sitzen, wollen die Helfer Genossen schwingen 2.—, Hochlinger 20, eine Gesellschaft für Menschenrechte 1.50, Gsch 10, Seiberger 20, Schuch 20, Drechsler 1.50, Seiermes vom Burgteater 1.10, E. Löw's Färberlei, Freiheit und Gerechtigkeit 1.65, die roten Zwillinge 70, die Lustigen für die Betrübten 4.80, Towarsystwo Polsky durch Werhalowski 2.80, durch Rufall 8, Klub „Hilflos“ in Stammersdorf 32, Anton Wille 20, Josef Jakob 20, Tischler, Kränzchen 20, Josef Julge 10, die doppelt gefärbte Fuchspelzmägen 1.05, Frau Angemeler 20, Wischawi 10, Bohemann 20, Futschil 20, die Roten von Kaufst 50, Salzburg 20, Genossen Graf 1.—, Möbelfabrik Bernbard Ludwig 4.38, Spengler und Radierer von S. Schweg 2.45, Genossen Schwegel 40, Florisdorfer: Elotal 16, die Nichterzagten beim Tisch 80, die Sozialisten im Gaswerke am Labor 98, Judenburg: Wulz, Baumgartner, Aneiß, Schupfl, König, Leitner, Jaska, Engstaller, Heika, Forster, Male je 10, Müller, Salzburg 1.60, Genossen Wigstadl 2.—, Peter Graber, St. Egid 1.—, Genossen Hotel Fuchs 2.13, Bakernil 20, Tischlergesellschaft der Spengler bei der „schönen Schöferin 1.—, Staudnauer 70, der Pfarrer hat's Kappen verloren 1.71, ungarische Tischgesellschaft 33, Tischlerwerkst. Schmidt u. Tischel 2.—, Simmas 98 fl. 54 kr.

Ich erlaube jenen Genossen, welche mir für diesen Ausweis einen Beitrag für die Familien der Inhabiteren übergab, derselbe jedoch in diesem Ausweis nicht ersichtlich ist, mittelst Korrespondenzkarte mir die Höhe des Betrages, sowie das Motto nochmals bekannt zu machen, da mir jene Notiz abhanden gekommen ist. Mit parteigenösslichem Gruß Josef Hybes.

Briefkasten.

Reaktion: Mehrere Vereins- und Versammlungsberichte mühen wegen Raummanget für nächste Nummer zurückgelegt werden. — Alle die Redaktion und Administration betreffenden Anfragen werden in nächster Nummer beantwortet.

Ankündigungen.

Borauzeige. Mitte März 1881 findet ein großes

Arbeiterball

statt. — Näheres folgt.

Im Verlage von Andreas Groffe, Wien, 5. Bez., Hundstürmerstraße 89, ist die zweite Ausgabe des

Arbeiter-Kalenders

für das Jahr 1881

erschienen.

Preis per Exemplar 25 kr.

Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außer dem obigen Preise noch 5 kr. für Postporto einzuladen.

Inhalt: Kalendarium. — Zeitbetrachtungen. — Ein Kapitel von der Sonne. — Zur Geschichte des Pauperismus in Schottland. — Aus den Briefen eines preußischen Rekruten an einen Freund. — Vereinsverzeichnis.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag. In der Zentrale, Buchhaltung nachmittags. Montag. Tanzunterricht von 1/8—1/10 Uhr abends, Bibliothek von 8—9 Uhr, in der Zentrale.

Dienstag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgesessene von 1/8—1/10 abends, Gesangsübung in Huber's Gasthaus, 6. Mollardgasse 9.

Mittwoch. In der Zentrale, Tanzunterricht von 1/8 bis 1/10 Uhr abends. Elementarunterricht für Anfänger, 6. Bez., Katerngasse 11. Ausschußsitzung von 8 Uhr an. Gesangsunterricht in Huber's Gasthaus, Mollardgasse.

Donnerstag. In der Zentrale, Unterricht für Böcker- und Ländlerkunde von 1/8—1/10, Bibliothek von 8 bis 9 Uhr abends.

Freitag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgesessene von 1/8—1/10 Uhr abends.

Sonntag. Französischer Unterricht von 1/8—1/9 Uhr, Stilistik von 1/9—1/10, Bibliothek von 8—9 Uhr.

Am 16. d. M. beginnt ein Zeichenunterricht und am 20. d. M. ein neuer französischer Sprachunterricht für Anfänger in der Zentrale.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Sonntag den 15. Jänner findet im Gewerkschaftsvereine der Sattler ein Vortrag von Karl Kautsky statt.

Union der Wiener Metallarbeiter.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Favoritenstraße 4, Gasthaus „zum wilden Mann“. Die Vermittlung findet, statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags.

Beisitzer: 3. Bez., Ungargasse 27, Gasthaus zur „heiligen Dreifaltigkeit“. 2. Bez., gr. Pfarrg. Gasth. „Schwarzer Elefant“. 10. Bez., Landgutgasse, Gasthaus „zur Zentralfabrik“, Fränkhaus, Fischergasse 26, Währer's Gasthaus „zum Lösch den Durst“, Hernals, Karlsplatz 2, Naberer's Gasthaus, neu eröffnet. Vereinsabend jeden Samstag von 8—1/9 Uhr.

Unterstützungs- und Fortbildungsverein der Drechsler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 6. Bezirk, Legitigasse 19, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von 1/8—9 Uhr abends statt. — Einschreibungen an genannten Tagen.

Gewerkschaftsvereine der Büchser in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, täglich statt.

Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

Sonntag den 23. Jänner 1881 in Jodel's Saalkolossalitäten

Allgemeiner Ball.

Eintritt gegen Abgabe der Einladungskarte 25, an der Kasse 30 kr. — Anfang 7 Uhr.

Sonntag den 16. d. M., 8 Uhr vormittags, in Oberwieser's Saalkolossalitäten, 6. Bez., Stumpergasse 19

freie Versammlung sämtlicher Drechsler und Pfeifenmacher Wiens.

Tagesordnung: 1. Die Lage des Drechslergewerbes im Allgemeinen. 2. Gewerkschaftsorganisation. 3. Unfälle und Interpellationen.

Währerböck. Sonntag den 16. Jänner im Saale des Gemeindegasthauses

großes Arbeiterfest,

verbunden mit Konzert, Gesang, Deklamationen, Fuzbazar und Tanzkränzchen. — Eintritt: Frühergelöste Karten 20, an der Kasse 30 kr. — Freiwillige Gaben für den Fuzbazar werden dankend entgegengenommen.

Ein Bett auf einem separirten Kabinett ist an einen Parteigenossen zu vermieten. — 5. Bezirk, Schwarzhorn-gasse 9, 1. Stock, Tür 3.

Die nächste Nummer erscheint am 27. Jänner.

Adresse der Herausgeber der „Zukunft“:

Andreas Groffe, IV., Hauptstraße 23, 1. Stock.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: Andreas Groffe, Josef Hybes, Franz Mok.

Verantwortlicher Redakteur: Josef Hybes.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.